

Mehr Geld für Wohnungen

Main-Kinzig-Kreis stockt Förderung für Bauprojekte auf

lu. MAIN-KINZIG-KREIS. Bis zum Jahr 2025 fehlen im Main-Kinzig-Kreis etwa 10 000 Wohnungen. Das besagt eine Studie des Instituts Wohnen und Umwelt, die der Main-Kinzig-Kreis vor einiger Zeit in Auftrag gab. Um dem gewaltigen Fehlbedarf entgegenzuwirken, beschloss der Kreistag vor gut einem Jahr auf Initiative des damaligen Landrats Erich Pipa (SPD) ein Förderprojekt für den kommunalen Wohnungsbau, das mittlerweile Früchte trägt. Vor wenigen Tagen wurde die umgebaute „Alte Schule“ in Wächtersbach-Hesseldorf ihrer Bestimmung übergeben. Dort entstanden vier neue Wohnungen mit einer Mietpreisbindung von 5,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Die Liegenschaft ging per Erbbaurecht an die Genossenschaft 60 Plus, die das Bauvorhaben in eigener Regie verwirklichte.

Die Genossenschaft setzte sich nach Darstellung der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler (SPD) das Ziel, einfache Wohnungen anzubieten zu Preisen, die sich Familien, Alleinstehende, Rentner und Paare mit geringem Einkommen leisten können. Das ist genau die Zielgruppe, an die sich das Förderprogramm wendet.

Fast acht Millionen Euro stellte der Kreistag im Juni 2016 dafür zur Verfügung, Geld, das er aus der Ausgleichszahlung des Landes für die Ausgaben des Kreises für die Betreuung von Flüchtlingen ersetzt bekam. Pipas Nachfolger Thorsten Stolz (SPD) will das Programm weiterführen. Nach seinen Angaben sind von den genehmigten 7,7 Millionen Euro etwa 60 Prozent verplant oder Kommunen zugesprochen.

Auf dem Weg zu mehr günstigem Wohnraum ist der Kreis jetzt noch einen Schritt weiter gekommen. Nach Mitteilung von Stolz stockte der Kreisausschuss die Gelder für das Programm „aufgrund der guten Finanzlage und des weiteren Handlungsbedarfs“ auf insgesamt zwölf Millionen Euro auf. Bisher sind dem neuen Landrat zufolge 222 Wohnungen in sechs Kommunen ge-

plant, beantragt oder finanziert. Er geht davon aus, dass weitere Projekte in den nächsten Monaten dazukommen. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Main-Kinzig-Kreis, insbesondere in den wachsenden Städten und Gemeinden im westlichen Teil, bezeichnet er als eine der größten Aufgaben der Zukunft. Deshalb appelliert er an die Städte und Gemeinden, das Förderprogramm in Anspruch zu nehmen und Grundstücksflächen bereitzustellen.

Die Initiative sieht nach dem Beschluss des Kreistags vor, dass die Kommunen den Bauherren kommunale Grundstücke im Rahmen eines Erbbaurechts

Die Miete in den geförderten Unterkünften soll nicht mehr als sechs Euro pro Quadratmeter betragen.

rechtsvertrags überlassen. Engagieren können sich Genossenschaften wie in Wächtersbach, aber auch private Bauträger. Sie verpflichten sich, den Mietpreis auf höchstens sieben Euro pro Quadratmeter zu begrenzen. Der Kreis unterstützt die Investoren finanziell, so dass der Mietpreis für die Bewohner auf mindestens sechs Euro sinkt. Die Kommune, die das Grundstück stellt, erhält laut Konzept das Belegungsrecht für die Wohnungen.

Die Fördermittel können auch gewährt werden, wenn Kommunen ihre Grundstücke in eigener Trägerschaft bebauen. Das verwirklichte Vorhaben in Wächtersbach wurde als Modellprojekt initiiert, das als Beispiel für eine rechtlich korrekte und unbürokratische Realisierung des Programms stehe, heißt es. Es zeige, dass auch eine Grundsanierung von Immobilien zur Schaffung von Wohnraum für die Förderung in Frage komme. Stolz fordert über das Programm hinaus, dass Bund und Land mehr Geld zum Bau neuer Mietwohnungen bereitstellen.